

# EVELYN REGNER

Informationen für MeinungsbildnerInnen

The logo consists of the letters 'S&D' in a white, bold, sans-serif font, centered within a solid black square.

## Die öffentliche Konzernsteuererklärung (public CBCR)

Die Steuerskandale um Panama-Papers, Lux- Leaks etc. haben uns allen vor Augen geführt, wie leicht es sich insbesondere die großen Konzerne richten können, um die nationalen (Steuer-)Gesetze zu umgehen und ihren Beitrag an unserer Gesellschaft schuldig zu bleiben. Diese multinationalen Unternehmen (MNEs) kreieren Briefkastenfirmen und Konzernstrukturen, mit denen sie in mehreren EU-Mitgliedsstaaten oder auch weltweit agieren, sich die günstigsten Steuer- und Sozialversicherungssysteme oder Arbeitnehmerschutzstandards aussuchen und damit die nationalen Systeme systematisch gegeneinander ausspielen. Die Richtlinie über die Veröffentlichung der Ertragsteuerinformation großer Konzerne ist ein Instrument um mit mehr Transparenz über wesentliche Faktoren (wie z.B. die vorgeschriebene Steuer und die tatsächlich bezahlte Steuer oder die Anzahl der ArbeitnehmerInnen) die Rechenschaftspflicht dieser Unternehmen gegenüber der Öffentlichkeit zu erhöhen. Jede/r ArbeitnehmerIn bezahlt brav die vorgeschriebenen Einkommenssteuern. Deswegen muss Licht ins Dunkel der systematischen Steuerumgehung der Großkonzerne gebracht werden. Die öffentliche Konzernsteuererklärung ist ein weiterer Schritt die globalisierte Welt, in der Multis wie Starbucks, Monsanto, Amazon oder McDonalds und Co. über alle Grenzen hinweg agieren, transparenter zu gestalten.

## Weltweite Veröffentlichung - Globale Unternehmenskonstrukte durchsichtiger machen:

Die Kommission hat die [öffentliche Konzernsteuererklärung \(public CBCR\)](#) in Form einer [EU-weiten Richtlinie im April 2016](#) vorgelegt, nachdem wir SozialdemokratInnen im Rechtsausschuss das sogenannte „public CBCR“ erfolgreich auf den Tisch gebracht hatten. Nach wiederholten Steuerskandalen sah sich die Kommission gezwungen, Transparenz in die Schattenwelt der Steuerkonstrukte der Großkonzerne zu bringen. Im EU-Parlament wurde die Steuertransparenzrichtlinie für Multis von [Evelyn REGNER \(Rechtsausschuss\)](#) und [Hugues BAYET \(Wirtschaftsausschuss\)](#) gemeinsam mit den anderen Fraktionen verhandelt und mit der Abstimmung am 4.7.2017 zu einer [Verhandlungsposition](#) mit breiter Mehrheit (534 Dafür, 98 Dagegen, 62 Enthaltungen) gebracht. Im Vergleich zum [Vorschlag der EU-Kommission](#), setzt sich das EU-Parlament für eine „weltweite Veröffentlichung“ der Ertragsteuerinformationen ein.

## **Die wesentlichen Eckpunkte der Richtlinie mit den Änderungen des EU-Parlaments:**

- Alle **Konzerne** mit einem **Jahresumsatz von mehr als 750 Millionen €** werden verpflichtet, einen **Bericht über ihre Einkommenssteuerinformation** auf ihrer **Website zu veröffentlichen** und ihn in eine Datenbank, die von der EU-Kommission verwaltet wird, einzugeben.
- Um **folgende Daten** handelt es sich:
  - **Name des obersten Unternehmens** und ggf. eine **Liste aller seiner Tochterunternehmen**
  - kurze Beschreibung der **Art ihrer Tätigkeiten** und ihre jeweiligen **geographischen Standorte**
  - die **Zahl der Beschäftigten** in Vollzeitäquivalenten
  - das **Anlagevermögen** mit Ausnahme der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente
  - Betrag des **Gewinns oder Verlusts vor Ertragsteuern** (wie KOM)
  - Betrag der gezahlten Ertragsteuer (wie KOM)
  - Betrag der **noch zu zahlenden Ertragsteuer** (für das laufende Jahr), die den laufenden Steueraufwendungen für **zu versteuernde Gewinne oder Verluste** im betreffenden Geschäftsjahr von Unternehmen und Zweigniederlassungen mit Steuersitz im jeweiligen Steuergebiet entspricht (wie KOM)
  - Betrag der **Nettoumsatzerlöse**, einschließlich einer Unterscheidung zwischen dem Umsatz mit nahestehenden Unternehmen und Personen und dem Umsatz mit nicht nahestehenden Unternehmen und Personen
  - **ausgewiesenes Kapital**
  - Einzelheiten der erhaltenen **staatlichen Beihilfen** und etwaiger **Spenden an Politiker**, politische Organisationen oder politische Stiftungen
  - ob Unternehmen, Tochterunternehmen oder Zweigniederlassungen von einer bevorzugten steuerlichen Behandlung durch eine **Patentbox oder gleichwertige Regelungen** profitieren
- Und das für **jedes einzelne Steuergebiet innerhalb und außerhalb der Europäischen Union** in dem sie eine Niederlassung oder Tochter haben.

In den Verhandlungen wurde von Evelyn Regner & Hugues Bayet auf eine niedrigere Schwelle (Ziel war alle großen Unternehmen und Unternehmensgruppen mit einem Umsatz von mehr als 40 Mio. € - unter Ausnahme aller mittleren und kleinen Unternehmen - aufzunehmen) verzichtet. Ebenfalls wurde auf Druck der Konservativen EVP-Fraktion und Liberalen eine Klausel aufgenommen, mit der einzelne Staaten Konzernen die Erlaubnis geben können, ihre Daten nicht zu veröffentlichen wenn sie es für zu „sensibel“ halten. Dieses Schlupfloch muss in Folgeverhandlungen mit dem Rat und der EU-Kommission wieder geschlossen werden.

Ein großer Erfolg des EU-Parlaments ist, dem von der Kommission vorgeschlagenen System, die Daten nur für Niederlassungen und Töchter innerhalb der EU und den Ländern auf der Liste für Steuersümpfe zu veröffentlichen, eine Absage erteilt zu haben. Nach der EU-Parlamentsposition müssen Konzerne, die in einem Mitgliedstaat der EU tätig sind, ihre Gewinn- und Steuerinformationen für jedes andere Land weltweit, in dem sie ebenfalls tätig sind, veröffentlichen. Nur so kann vermieden werden, dass ständig neue „Steueroasen“ entstehen, indem Multis Absprachen mit Ländern machen, die nicht auf der „Liste der Steueroasen“ stehen.

## **Positive Auswirkungen der öffentlichen Berichterstattung**

Die öffentliche Berichterstattung stärkt den Dialog und fördert gegenseitiges Vertrauen innerhalb der Unternehmen, da sie zu objektiven und verlässlichen Daten über die Lage der Unternehmen führen. Dies ist wiederum wichtig für alle TrägerInnen, einschließlich InvestorInnen, MinderheitengesellschafterInnen, und ArbeitnehmerInnen. Sie stärkt ebenfalls auch die Position der ArbeitnehmerInnen, gestaltet die Unternehmen nachhaltiger und steigert seine Wettbewerbsfähigkeit.

- > Ziel ist es, die Ertragssteuer von Unternehmen mit dem Ort der tatsächlichen wirtschaftlichen Tätigkeit in Einklang zu bringen
- > Beitrag von Multis für die Gesellschaft sind ihre Steuerleistung zum Ausbau/ Erhalt von bspw. Infrastruktur; Wohlfahrtsstaat,- und Sicherungssystemen.
- > Förderung von fairem Steuerwettbewerb zwischen den Unternehmen, egal welcher Größe.
- > Öffentliches Interesse zu wissen, wo Multis ihre Gewinne erwirtschaften und wo sie diese versteuern
- > Für Banken und Kreditinstitute (seit Basel IV- und neuen Eigenkapital- und Liquiditätsregeln) **gibt es bereits die Veröffentlichung der Steuerinformationen (public CBCR) und die Berichte sind online für jede/n einsehbar.** Warum also nicht auch für jene Großkonzerne, die SYSTEMATISCH ihren Beitrag an der Gesellschaft minimieren und dafür ihre Profite einfahren? VertreterInnen aus dem Bankensektor haben mehrfach versichert, dass die Veröffentlichung keine Probleme darstellt und der Nachhaltigkeit im Bankensektor gut tut.

Mit der **Veröffentlichung der Anzahl von ArbeitnehmerInnen auf vollzeitäquivalenter Basis**, kann jede/r sehen, in welchem Land ArbeitnehmerInnen angemeldet sind, wohin die Multis ihre Personalstellen auslagern und wohin sie ihre Gewinne verschieben.

Briefkastennetzwerke und leere Firmenhüllen, die nur zur Vermeidung von Steuern und ihrem Beitrag an unserem Wohlfahrtsstaat konstruiert wurden, werden nun sichtbar.

## **Wen betrifft das?**

Die öffentliche Konzernsteuererklärung trifft nur die ganz großen Multis, jene Unternehmen und Konzerngruppen mit einem Jahresumsatz über 750 Mio., die massiv die nationalen Systeme aushöhlen. Dabei ist es egal ob es um Steuern zu vermeiden (Starbucks, McDonalds), Löhne zu dumpfen, Arbeitsbedingungen zu umgehen (McDonalds) oder um Sozialabgaben zu minimieren, geht. Denn damit treten sie schlussendlich in unfairem Wettbewerb, mit allen kleinen und mittleren und großen Unternehmen sowie Unternehmensgruppen in Europa. Diese Schieflage müssen wir auch zum Wohl des Wettbewerbs der kleinen Betriebe geradebiegen. Ein erster Schritt ist, die Öffentlichkeit über diese unfairen Praktiken zu informieren.

## **Ziel der öffentlichen Konzernsteuer (public CbCR):**

Mit der Veröffentlichung für Großkonzerne wird der Globalisierung begegnet. Indem Transparenz bei den *Global Playern* geschaffen wird!

Was wir hier vorliegen haben ist kein neuer strengeres interner automatischer Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden. Es geht um das Recht der Öffentlichkeit, um das Recht jedes einzelnen kleinen Unternehmens, welches brav seine Steuern zahlt, zu wissen mit wem sie im Steuerwettbewerb stehen, und wer von den ganz Großen wenig bis nichts an Steuern zahlt. Die vorliegende Richtlinie ist ein großer Beitrag für eine bessere Unternehmensführung die ethischen und transparenten Grundsätzen folgt und für die Gestaltung nachhaltiger und langfristig erfolgreicher Unternehmen.

Kern einer jeder sozialen Verantwortung von Unternehmen ist Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen und die Steuerleistung zu erbringen. Heute umgehen jene ihren Beitrag zur Gesellschaft viel zu oft und zu systematisch. Dem müssen wir entgegenwirken.

## **Wer profitiert durch die öffentliche Konzernsteuer (public CbCR)?**

Der öffentliche Druck hat zur Folge, dass die global agierenden Konzerne, ihr Wirtschaften und ihre Steuerkonzepte nachhaltiger gestalten. Die Transparenz ist ein **Mehrwert für alle Stakeholder:**

- **Kunden**, die heute zunehmend selbstbestimmt über ihr Konsumverhalten entscheiden und sich die Unternehmen bei denen sie konsumieren auch nach Nachhaltigkeitskriterien aussuchen, wollen wissen welche Unternehmen ihre ArbeitnehmerInnen auslagern. Wo die Unternehmen ihre Steuern zahlen und ob dieser Beitrag ein fairer Beitrag im Verhältnis zum im Land entstandenen Gewinn ist.

- **ArbeitnehmerInnen und deren Vertreter**, die unter schlechten Bedingungen ausgebeutet werden, erhalten mit dem pCBCR einen Einblick in die Strukturen von Briefkastenfirmen als auch über die systematische Auslagerung von ArbeitnehmerInnen.
- **InvestorInnen**, sehen ohnehin einen großen Vorteil in der öffentlichen Konzernsteuer (public CBCR) und ermutigen EU und US Gesetzgeber, ähnliche Regeln für die globalen Konzerne zu setzen<sup>1</sup>
- **KäuferInnen und VerkäuferInnen**, können mit einem kleinen Einblick in die korrekten oder nicht korrekten Steuerleistungen ihre VerkaufspartnerInnen besser auswählen.
- Nicht zuletzt ist es auch ein **Mehrwert für die Regierungen** und zieht auch indirekt sie in die Verantwortung. Neben Regierungen von Entwicklungsländern, sind auch jene unserer Mitgliedstaaten gefordert, die in der letzten Vergangenheit auch nicht immer vorbildlich gehandelt haben.

## **Entwicklungspolitisch gesehen, ist die EU hier Vorreiterin**

Der entwicklungspolitische Mehrwert dieses EU-Gesetzes, welches Unternehmen (egal ob EU- oder nicht-EU-Konzern) die im EU-Binnenmarkt agieren wollen verpflichtet ihre Steuern in allen EU-Mitgliedstaaten, und allen anderen Ländern der Welt, ist enorm. Überall, wo sie einen Sitz oder eine Tochterfirma haben, egal ob in Österreich, Deutschland, Shanghai oder Neuseeland, USA oder Honduras, sind die Steuerdaten offenzulegen. Die Auswirkungen auf die positive demokratische Entwicklung dieser Länder haben hohes Potential. NGOs, die Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, die BürgerInnen, JournalistInnen - Alle werden Zugang zu den Daten der globalen Konzerne haben und über Gewinne, die vorgeschriebenen und tatsächlich gezahlten Steuern, die Anzahl der ArbeitnehmerInnen bei jedem Tochterunternehmen und nicht zu Letzt, die Identität und geografische Lage der Unternehmen werden online in einheitlichem Format, frei zugänglich einzusehen sein.

Öffentliches Bewusstsein und der damit entstehende Druck der Gesellschaft ist der Schlüssel zu mehr Demokratie, zur Reflexion einer Gesellschaft und zur Weiterentwicklung und politischen Gestaltung eines Landes.

## **Wie geht es weiter? Wer blockiert?**

Obwohl die EU-Kommission und das EU-Parlament als „erste Kammer“ seine Arbeit getan hat, blockiert die „zweite Kammer“, der Ministerrat. Unter dem Vorwand, dass die Kommission eine falsche Rechtsgrundlage gewählt hätte, stellen sich einzelne Regierungen gegen Fortschritte in der Unternehmensführung und Steuertransparenz für Multis.

---

<sup>1</sup> <https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/opinion/multinationals-should-say-what-they-pay/>

**Stand der Verhandlungen im Rat:** Viele NGOs und Gewerkschaften unterstützen die Richtlinie, die Evelyn REGNER verhandelt, da ihnen der entwicklungspolitische Aspekt, der Beitrag zu größerer Verteilungsgerechtigkeit und mehr Fairness zwischen großen Konzernen, kleinen Mitbewerbern und ArbeitnehmerInnen besonders wichtig ist. Eurodad hat den [letzten Stand](#) zusammengefasst, immer noch bewegen sich viele Regierungen nicht. Mit vorne dabei ist auch Österreich, das mit Deutschland, Malta, Zypern und der Niederlande zu den stärksten Blockierern im Rat gehört.

Deshalb haben wir im EU-Parlament eine [Anfrage an den Rat](#) gestellt, wozu es am Mittwoch, 18. 4. 2018 im Plenum des EU-Parlaments eine Aussprache geben wird. Es darf nicht sein, dass die nationalen Regierungen dort, wo wir EU-weit Regeln brauchen, um den multinationalen Konzernen etwas entgegenzusetzen und zu größerer Steuergerechtigkeit zu kommen, weiter blockieren.